

# Rassistischer Alltag in der BRD

Position des Antirassistischen Netzwerks Sachsen-Anhalt

**W**ir sind ein Netzwerk, bestehend aus Einzelpersonen und Gruppen aus Sachsen-Anhalt, welches sich seit einigen Jahren intensiv mit der antirassistischen Arbeit auseinandersetzen. Dabei legen wir einen Schwerpunkt auf die Unterstützung und Schaffung von Flüchtlings selbstorganisationen.

**A**nfang 2014 haben wir bereits eine Analyse der rassistischen Stimmung in Deutschland geschrieben, um einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit dieser zu leisten. Fast ein Jahr später möchten wir mit diesem Text erneut auf die gefährlichen rassistischen Tendenzen in der BRD hinweisen und diese thematisieren.

## Rückblick auf 2014

**Z**u Beginn des Jahres 2014 wurden mit dem vermehrten Auftreten von sogenannten „Bürgerinitiativen“ die Auswüchse des, tief in der Gesellschaft verwurzelten, Rassismus deutlich. In vielen deutschen Städten und Dörfern marschierten bis zu zweitausend Neonazis, unterstützt von AnwohnerInnen, um gegen neue Flüchtlingslager zu protestieren. Dabei traten sie mit Fackeln und Sprechchören auf und zogen durch die Straßen. Im Laufe des ersten Halbjahres 2014, gründeten sich vermehrt Facebookgruppen zur rassistischen Mobilisierung von BürgerInnen und Nazis. Flächendeckend war dieses Phänomen überall zu beobachten. Selbst in Orten in denen weder Flüchtlingslager geplant waren noch Geflüchtete leben, wurden diese Gruppen initiiert um ein Forum für Vorurteile, Hassparolen und die übelsten Formen des Rassismus zu bieten. Auch die Hemmschwelle der Gewaltanwendung wurde deutlich niedriger. So dokumentiert die Seite [www.dok-maar.de](http://www.dok-maar.de) vermehrt Brandanschläge und Überfälle auf vermeintlich nicht in das *weiße* deutsche Weltbild passende Menschen. Die antifaschistischen und antirassistischen Gruppen

waren im Zugzwang, und befanden sich dabei in einer Art „Feuerwehrposition“, so mussten die Gruppen in sämtliche Dörfer und Städte fahren, um dort Protest gegen die rassistischen Zustände auf die Straße zu tragen.

**A**b Mitte des Jahres bewegte sich dann auch die Bundesregierung und kündigte eine Änderung des Asylgesetzes an. Diese soll demnächst verabschiedet werden. Dabei wird eine scheinbare Lockerung der Gesetzgebung vorgeschoben, um durchzusetzen, dass leichter Abgeschoben werden kann. So sollen Geduldete, welche „gut integriert“ sind, die Chance auf einen Aufenthaltstitel bekommen. Dabei ist die Definition von „gut integriert“ weit gefasst und wird wahrscheinlich von den jeweilig zuständigen Beamten willkürlich eingeschätzt werden, welche der Erfahrung nach sowieso selten von neuen Regelungen Gebrauch machen, welche für Geflüchtete Vorteile bringt. Im Gegenzug wird das Verfahren der Abschiebung erleichtert und die Möglichkeit der Inhaftierung von Geflüchteten auf Verdacht eingeführt. Konkret bedeutet dies, dass die zuständigen Stellen zwischen dem „Ausweisungsinteresse“ des Staates und dem „Bleibeinteresse“ der Geflüchteten abwägen sollen. Außerdem wird der Einsatz von Aufenthaltsverboten und Wiedereinreisesperren erweitert, um so schneller Abschiebungen zu ermöglichen. Es wird auch das sogenannte „Ausreisegewahrsam“ eingeführt, welches dazu dient Menschen auf Verdacht zu inhaftieren um ihre Abschiebung zu unterstützen. Im Gesetz zur Abschiebehaf werden zahlreiche Kriterien dazu aufgelistet, wann jemand in Abschiebehaf kommt. So kann zum Beispiel zukünftig jemand vor dem Hintergrund der „Identitätsverschleierung“ in Abschiebehaf genommen werden. Die Restriktionen der Bundesregierung passen dabei gut in das rassistische Bild der BRD im Umgang mit Geflüchteten.

Die Politik zeigte ihr hässliches Gesicht außerdem beim Umgang mit den Flüchtlingsprotesten. Bundesweit demonstrierten Geflüchtete für ihre Rechte und wurden dabei überhäuft von Repressionen und staatlicher Gewalt. Im Jahr 2014 wurde das Protestcamp am Oranienplatz geräumt, auch die Menschen aus der Schule in der Ohlauer Straße wurde fast vollständig vertrieben. Die Geflüchteten werden bis heute bedroht, eingeschüchtert und für ihren politischen Kampf mit Repressionen bestraft. Viele der Protestierenden wurden inzwischen abgeschoben. Als die AktivistInnen das DGB Haus in Berlin besetzten, wurden sie kurzerhand von diesem geräumt. Am Haus der DGB hing ein Transparent auf dem zu lesen war: „Flüchtlings helfen? Ja! Unser Haus besetzen? Nein!“. Bei solch einer Rhetorik des Deutschen Gewerkschaftsbundes ist schnell klar, wie es um die Akzeptanz von Geflüchteten innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft steht.

Diese trifft sich seit neuestem wöchentlich auf der Straße um bei diversen PEGIDA Ablegern zu demonstrieren. Dort schwelgen die *weißen* WutbürgerInnen in ihren rassistischen Ressentiments und bestärken sich gegenseitig in ihren Vorurteilen. Wenn es doch einmal jemand schafft einen Teilnehmer oder eine Teilnehmerin zu befragen, dauert es nicht lange bis über die „schmarotzenden Ausländer“ schwadroniert wird, welche alles bekommen würden und sowieso in ihren Heimatländern gar nicht verfolgt werden. Sie würden doch eh alle nur hierher kommen, um von der Sozialhilfe zu leben. Solche Ansichten sind nicht etwa eine Randerscheinung, wie eine Studie mit dem Namen „Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014“ zeigt. Jeder dritte Deutsche findet demnach, Muslimen und MuslimInnen sollte die Zuwanderung im Allgemeinen untersagt werden. 42,7% fühlen sich „als Fremder im eigenen Land“ und mehr als die Hälfte aller Befragten vermuten, dass die Flüchtlinge in ihren Herkunftsländern nicht verfolgt werden. Auch der vorherrschende Antiziganismus wird durch folgende Ergebnisse der Studie aus Leipzig deutlich: 55,4% aller Befragten sind der Meinung, dass Sinti und Roma zu Kriminalität

neigen und 55,4% hätten ein Problem damit, wenn Sinti und Roma sich in ihrer Gegend aufhalten würden. Im Allgemeinen sind 76% aller Befragten gegen eine wohlwollendere Prüfung der Asylanträge durch den Staat. Diese Zahlen spiegeln gut den rassistischen Zustand in der BRD wieder, auf dessen Grundlage es niemanden wundern sollte, wenn 15.000 PEGIDA AnhängerInnen in Dresden Rassismus und andere Formen der Diskriminierung skandieren.

Auch an anderen Ecken der Gesellschaft blühen Ressentiments in allen Formen, so zum Beispiel innerhalb der verschwörungstheoretischen Montagsdemonstrationen, welche 2014 vielerorts stattfanden. Außerdem haben viele RassistInnen mit der „Alternative für Deutschland“ eine Partei gefunden, welche ihren Ressentiments eine Basis bietet. Die Protestbewegung der „HoGeSa“ als Beispiel des rechten Randes zeigt, dass auch die Neonazis von der Stimmung im Land profitieren und auf Grundlage dessen schnell eine Masse an Hooligans mobilisieren mit denen sie dann gemeinschaftlich die Straßen unsicher machen und daran zusammenwachsen.

Rückblickend können wir zusammenfassen, dass das Jahr 2014 ein Jahr war, in dem der NSU-Prozess weiterhin stagnierte, da die Bundesanwaltschaft offensichtlich nicht gewillt ist, den Familien der Opfer eine vollständige Aufklärung zu gewähren, die Zahl der rassistischen Überfälle sowie die Anzahl der Brandanschläge auf Flüchtlingslager weiter anstiegen, die WutbürgerInnen auf die Straßen strömten um ihren Rassismus freien Lauf zu lassen, die Regierung den Grundstein gelegt hat zur weiteren Entrechtung von Geflüchteten und Verschwörungstheoretiker und die AfD Foren boten, um alle möglichen Formen von Diskriminierung zu beflügeln.

## **Ausblicke 2015**

Auch im Jahr 2015 wird sich an der rassistischen Grundstimmung nichts ändern. Die Bürgerinitiativen (z.B. in Marzahn/Buch) und Ableger der PEGIDA

werden weiterhin jeden Montag gegen alles vermeintlich Fremde schwadronieren. Das neue Asylgesetz wird eingeführt und massenhaft Menschen zurück in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, um dort der drohenden Zwangsehe, den Bürgerkriegen, dem Elend und der Armut ausgesetzt zu sein, welche von der europäischen Politik bewusst geschaffen wird, um davon zu profitieren. Die Zäune an den Grenzen zu Europa werden noch höher gebaut und die Technik zur Überwachung der Grenzen verbessert werden. Auch den Grenzmilizen der Firma FRONTEX wird weiterhin ihr Etat erhöht. Der NSU Prozess wird weiterhin eine Inszenierung staatlicher Aufklärung bleiben und der Mord an Oury Jalloh wird von staatlichen Stellen weiter unter den Teppich gekehrt.

**G**erade in Zeiten wie diesen, bedarf es einer starken antirassistischen und antifaschistischen Bewegung, welche gemeinsam auf allen Ebenen mit allen Mitteln versucht, die Zustände zu thematisieren und zu überwinden, die den Nährboden für all diese Auswüchse der Gesellschaft bieten. Es bedarf der uneingeschränkten Solidarisierung und Zusammenarbeit mit den Opfern von Diskriminierung und Rassismus. Wir müssen zusammen Strategien zur schnellen Handlungsfähigkeit entwickeln und eine Schaffung von anschlussfähigen Alternativen vorantreiben, um dieses System zu überwinden.

**L**asst uns gemeinsam entschlossen kämpfen, für Gerechtigkeit und gegen jegliche Formen von Diskriminierung und staatlicher Gewalt, egal in welchen Bereichen.

**One Struggle, one Fight!**

**Refugees are welcome, everytime, everywhere!**

*Sachsen-Anhalt, im Januar 2015*